

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1931**

573 (9.12.1931) Morgenausgabe

# Badische Presse

und  
Handels-Zeitung Badische Landeszeitung

Verbreitetste Zeitung Badens

Karlsruhe, Mittwoch, den 9. Dezember 1931.

Staat und Verlaß von  
: : Ferdinand Zbieraarten :  
: : Verantwortlich: Für Politik:  
: : Dr. A. Müller: für politische Nachrichten:  
: : Dr. A. Müller: für lokale und Sport  
: : Dr. C. Schmitt: für Kommunal-  
: : Dr. A. Müller: für das Fremden-  
: : Dr. A. Müller: für Dier und Kunst:  
: : Dr. A. Müller: für den Handel:  
: : Dr. A. Müller: für die Anzeigen: Ludw.  
: : Dr. A. Müller: alle in Karlsruhe (Baden).  
: : Dr. A. Müller: Dr. Kurt Meier.  
: : Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.  
: : Hauptgeschäftsstelle: Kaiserstraße  
: : Nr. 80 a. — Postcheckkonto: Karlsruhe  
: : Nr. 8859. — Beilagen: Volk und  
: : Heimat / Literarische Umschau / Roman-  
: : Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung /  
: : Reise- und Väter-Zeitung / Landwirtschaftl.  
: : Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

## Das Winterprogramm des Kanzlers

Die Kartellpreise werden gesenkt / Mietensenkung um 10 v. H. der Friedensmiete / Die Anpassung der Löhne und Angestelltengehälter / 9prozentige Gehaltskürzung ab 1. Januar 1932 / Allgemeines Uniformverbot im Rahmen des „Burgfriedens“.

m. Berlin, 8. Dez. (Drahtmeldung unserer Berliner Schrift-  
leitung.) Die Beratungen des Reichskabinetts über die Notverord-  
nung sind am Dienstag mittag endgültig zum Abschluß gebracht. Im  
Laufe des Nachmittags ist der Reichspräsident beim Reichspräsi-  
denten gewesen, um ihm über die Gesamtheit des Werkes Vor-  
trag zu halten. Der Reichspräsident hat seine Unterschrift ge-  
geben und dadurch die Voraussetzungen für die Rechtsgültigkeit nach  
Artikel 48 der Verfassung geschaffen.  
Bei der Eile, mit der im letzten Augenblick gearbeitet werden  
musste, haben die technischen Voraussetzungen schlecht geklappt. Die  
Regierung hatte einen Auszug aus dem Inhalt der Notverordnung  
herstellen wollen, der aber in den Abendstunden noch nicht fertig  
geworden war. Auch die Reichsdruckerei kann die Aufgabe des  
Druckes dieser rund 50 Seiten starken Verordnung erst im Laufe der  
Nacht bewältigen, so daß man vorläufig über den Inhalt auf Mit-  
teilungen angewiesen ist, die Reichsfinanzminister Dietrich am  
Dienstag abend vor der Presse machte. Es ergibt sich darnach etwa  
folgendes Bild:

### Die Notverordnung zergliedert sich in 9 Teile:

- Preis- und Zinsentzug.
- Wohnungswirtschaft.
- Mahnahmen auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung.
- Weitere wirtschaftliche Maßnahmen.
- Sozialversicherung und Fürsorge.
- Arbeitsrechtliche Vorschriften.
- Sicherung der öffentlichen Haushalte.
- Schutz des inneren Friedens und endlich die  
Schlußbestimmung.
- Die einzelnen Teile sind wieder in Kapitel gegliedert.

### Der Grundgedanke,

von dem die Regierung ausging, war dabei, daß die öffentliche  
Wirtschaft zahlungsfähig erhalten werden muß, und daß außerdem  
die Privatbetriebe wieder rentabel gemacht werden müssen. Das  
ist nur durch Kostensenkung möglich. Dieser Kostensenkung  
geht deshalb die größte Fürsorge. Bei den Preisen sollen alle  
kartellmäßig gebundenen Waren sofort um 10 Prozent gesenkt  
werden, geschieht das nicht, dann sind damit automatisch die Bindun-  
gen vernichtet. Der Wirtschaftsminister kann in einzelnen beson-  
ders gelagerten Fällen auch noch über diesen Satz hinausgehen.  
Die Durchführung wird der inzwischen neu ernannte Preislen-  
kungskommissar Dr. Goerdeler ständig überwachen. Er hat sehr  
weitgehende Vollmachten erhalten, so daß er unter Umständen sogar  
Geschäfte schließen kann.

Einen sehr weitgehenden Eingriff — der damit begründet wird,  
daß sonst das Kapital selbst gefährdet sei — machte die Regierung  
durch die trotz aller Bedenken durchgeführte

### Senkung der Zinsätze im gesamten Wirtschafts- und Finanzleben.

Soweit Zinsen bisher zwischen 6 und 8 Prozent bezahlt wurden,  
werden sie auf 6 Prozent herabgedrückt, bei höheren Zinsen ist eine  
entsprechende Senkung im Verhältnis von 8 zu 6 vorzusehen.  
Gleichzeitig soll der Bankenkommisär mit den Spitzenverbänden des  
Bankgewerbes Vereinbarungen treffen, um die Spanne zwi-  
schen Soll- und Haben-Zinsen auszugleichen. Die Reichs-  
bank wird ihren Lombardzinsfuß dem Wechselzinsfuß mindestens um  
1 Prozent annähern, so daß, wenn darüber hinaus noch eine Sen-  
kung des Wechselzinsfußes selbst in Frage kommen sollte, eine fühl-  
bare Entlastung zu verzeichnen wäre. Der Steuererzeugnis-  
zuschlag, der viel Verzögerung geschaffen hat, soll ab 1. Jan.  
verschwinden. Die Steuerzinsen werden künftig auf 12 Prozent im  
Jahre, bei gekündeten Zinsen auf 5 Prozent festgelegt. Gleichzeitig  
hat die Regierung beschlossen, die Hauszinssteuer grundständig ver-  
schwinden zu lassen, allerdings nicht mit sofortiger Wirkung.

Die Hauszinssteuer bleibt noch bis zum 1. April 1934 in Höhe  
von 80 Prozent bestehen, wird dann für die nächsten zwei Jahre  
auf 75 Prozent gesenkt, für die kommenden drei Jahre auf 50  
Prozent, um vom 1. April 1940 ab vollkommen wegzufallen.  
Den einzelnen Grundeigentümern ist es aber freigestellt, die Haus-  
zinssteuer abzulösen, wenn sie einmal den drei-  
einhalbfachen Betrag zahlen. Bei Bezahlung inner-  
halb der nächsten drei Monate lösen sie sich sogar mit dem drei-  
fachen Betrag aus.

Aus der Zinsentzug für Hypotheken ergibt sich auch eine  
Mietensenkung, die bei Mißbehältern mit 10 Prozent in Wir-  
kung tritt,  
bei Neubestimmungen nach Maßgabe der erparten Hypothekenzinsen. Die  
Senkung wird hier etwas höher liegen, etwa bei 15 Prozent. Außer-  
dem können sämtliche (auch langfristige) Mietverträge einmalig am  
1. April gekündigt werden, um Raum für neue Verträge zu schaffen.  
Zum Schutze des Grundbesitzes ist die Bestimmung vorgesehen,  
daß bei Zwangsversteigerungen der Zuschlag ver-  
sagt werden soll, wenn nur ein Preis geboten ist, der auf eine  
Verkleinerung des Grundstücks hinausläuft.

Bei der Landwirtschaft kann also generell vom Besitzer eine  
Zwangsvollstreckung beantragt werden.  
In dem weiteren Kapitel sind dann Steuererleichterungen  
für die Aufteilung von großen Gesellschaften vorgezogen sowie  
die Beseitigung der Mineralwassersteuer und endlich die Prägung  
von Bierpfennigstücken.

Auf dem Gebiete der Sozialversicherung und der Fürsorge wird  
bei der Krankenversicherung durch die obligatorische Ein-  
führung der Pauschalverträge mit den Ärzten eine starke

Wohnungswirtschaft durchgeföhrt. Die Unfallversicherung wird  
von den 400 000 Rentnern befreit, deren Rente weniger als 1/2 des  
Normallohnes ausmacht. Auch die Invalidenversicherung  
bekommt eine Erleichterung von rund 100 Millionen, womit sie al-  
lerdings noch nicht saniert ist.

Auf dem Gebiete der Löhne und Gehälter der Arbeiter und An-  
gestellten werden sämtliche Tarifverträge spätestens am 1. April  
1932 fällig.

Für die Neuregelung der Löhne ist als Stichtag der 10. Januar  
1927 herausgestellt. Er gibt das Niveau an, auf dem die Löhne  
künftig liegen sollen, mit der Einschränkung allerdings, daß Tarif-  
verträge, die höher liegen, wenn sie schon einmal gekürzt sind, um  
höchstens 10 Prozent, wenn sie bisher noch nicht gekürzt sind, um  
höchstens 15 vom Hundert gesenkt werden dürfen. Keinesfalls aber  
dürfen die Löhne unter den Sätzen vom 10. Januar 1927 liegen.  
Soweit Streikfragen entstehen, soll der Schlichter angerufen  
werden. Für den Bergbau werden besondere Vorschriften ge-  
troffen.

Die Gehälter der Beamten von Reich, Ländern und Gemeinden  
werden um 9 vom Hundert gekürzt, die der Arbeiter der öffent-  
lichen Hand um 10 vom Hundert.

Das kommt praktisch auf das Gleiche hinaus, da die Kürzung der  
Beamtengehälter von dem theoretisch noch bestehenden Grundgehalt  
vorgenommen wird.

### Umsatzsteuer 2 Prozent.

Zur Sicherung der Haushalte soll die Umsatzsteuer von 0,85  
Prozent auf 2 Prozent erhöht werden. Dabei erhält die Regierung  
die Ermächtigung, in geeigneten Fällen die Steuer in der Form  
einer Pfaffenumsatzsteuer zu pauschalisieren. Für die Einfuhr wird  
eine Ausgleichsteuer eingeföhrt. Bei Getreide, Mehl und  
Brot wird die Umsatzsteuer nicht erhoben. Die Ter-  
mine für die Erhebung der Einkommen- und Körpers-  
schaftssteuer werden um einen Monat vorgezogen.  
Ganz neue Wege beschreitet die Regierung in dem

### Kampf gegen die Kapitalflucht.

Im Allgemeinen hat die Steueramnestie gute Erfolge gehabt. Das  
geflüchtete Kapital ist wohl zum größten Teil zurückgeföhrt. Die

Regierung will sich aber dagegen schützen, daß Reichsdeutsche aus  
steuertechnischen Gründen ihren Wohnsitz im Ausland nehmen, wäh-  
rend sie ihre Geschäfte in Deutschland fortföhren. Dazu wird eine  
Reichsfluchtsteuer eingeföhrt für alle Reichsdeutsche, die nach  
dem 31. März 1931 ihren inländischen Wohnsitz aufgeben haben.  
Die Steuer beträgt den vierten Teil ihres Vermögens.  
Falls sie nicht zahlen wollen, wird ein Steuerabdruck gegen  
sie erlassen. Sie können bei Betreten des deutschen Bodens ver-  
haftet und mit Gefängnis bestraft werden. Allerdings han-  
delt es sich hier nur um Steuerpflichtige mit einem Vermögen von  
über 200 000 RM.

### Aus der Senkung der Eisenbahnfrachten

erwartet die Regierung eine Verbilligung um 300 Millionen. Durch-  
schnittlich soll der gesamte Stückgutverkehr um 15 v. H. er-  
mäßigbar werden. Bei hochwertigen Waren liegen die Sätze sogar  
erheblich höher, bei Papier um 24 v. H., bei Stahl zwischen 14 und  
16 v. H., bei Eisen zwischen 10 und 16 v. H.

Aus allen diesen Maßnahmen erwartet die Regierung, trotz der  
Erhöhung der Umsatzsteuer, eine starke Senkung der Preise,  
die sich sofort durch die Ermäßigung der Frachten, der Zinsen  
und der Mieten auswirken muß und den Lebensmittelpreis, der  
von seinem Höchststand von 156 bereits auf 131 heruntergedrückt ist,  
weiter ermäßigen wird. Dazu kommt ein starker Druck auf die  
Betriebe der öffentlichen Hand zur Senkung der Tarife für die  
Beheizung und für den Verkehr. Soweit die städtischen  
Verkehrspreise um mindestens 20 v. H. gesenkt  
werden, ist die Regierung bereit, die Beförderungsteuer zu  
erlassen.

### Der letzte Teil gilt dem

### Schutz des inneren Friedens.

Neben den Maßnahmen gegen den Waffensmißbrauch wird ein all-  
gemeines Uniformverbot außerhalb der eigenen Woh-  
nungen, also auch für Stahlhelm und Reichsbanner, aus-  
gesprochen. Der Ehrenschutz wird verstärkt und endlich für die  
Weihnachtszeit der Burgfriede verordnet.  
Die Regierung glaubt damit, den Schlupfstein unter die uns  
aufgezwungene Deflationspolitik legen zu können.

## Brünings Begründung.

Schlusstrich unter die Deflationspolitik / Rückendeckung für die außenpolitischen  
Verhandlungen.

\* Berlin, 8. Dez. (Zuspruch.) In einer Pressebespre-  
chung zur Notverordnung, die am Dienstag abend in der Reichs-  
kanzlei stattfand, nahm auch Reichskanzler Dr. Brüning das Wort.  
Er erklärte unter anderem: „Es ist mir persönlich von Seiten der  
Presse in letzter Zeit der Vorwurf zu großer Zurückhaltung und zu  
großen Schweigens gemacht worden. Wenn das ein Hindernis für  
eine gegenseitige Verständigung sein sollte, dann bin ich bereit, die  
Schuld auf mich allein zu nehmen. Die ganze Notverordnung ist  
ein absolut in einander abhängendes Ganzes, aus dem kein  
Teil herausgenommen werden kann. Das eine bedingt das andere.  
Das kann gar nicht anders sein,

weil wir in diesem Augenblick, der uns auch weltmäßig der ge-  
eignete dafür zu sein scheint, den Schlusstrich ziehen müssen in  
einer uns aufgezwungenen und nicht gewollten Deflationspolitik.

Dazu gehörte das Senken der Mieten, der Zinsen, der Preise, der Ge-  
hälter und der Löhne. Wir haben uns in angestrengtester Arbeit  
seit langer Zeit im Stillen mit diesen Fragen beschäftigt und auch im  
Wirtschaftsbeirat sind sie eingehend behandelt worden. Einen an-  
deren Ausweg, diesen Schlusstrich zu ziehen, die Zahlungsfähigkeit  
im Lande aufrecht zu erhalten, den Warenmarkt auf einer normalen  
Höhe zu halten, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, statt sie ins  
ungemeinere steigen zu lassen, gibt es unserer festen Ueberzeugung nach  
nicht.

Das Entscheidende ist, daß wir die Etats- und Kassensicherheit  
mit diesen Maßnahmen unter allen Umständen geschaffen haben.

Das ist umso wichtiger und von der allergrößten Tragweite, als es  
in dem Augenblick erfolgt, in dem wir in die entscheidendsten  
und schwersten außenpolitischen Verhandlungen  
hineingehen. Wir haben früher einmal Verhandlungen geföhrt, bei  
denen wir keine Rückendeckung nach der finanziellen Seite hin in der  
Heimat hatten. Ich, mit meinem Kollegen glaubte, in dieser ent-  
scheidenden geschichtlichen Stunde trotz aller harten Maßnahmen nicht  
die Verantwortung für diese außenpolitischen Verhandlungen auf mich  
nehmen zu können, bevor Kasse und Etats in Reich, Ländern und Ge-  
meinden für die nächsten Monate der Verhandlungen absolut ge-  
sichert sind. Das gab uns außerdem ein ganz anderes Sprung-  
brett für diese Verhandlungen.

Es ist jetzt der Augenblick gekommen, wo intensivstes  
Durchschichten unserer Haushalte es dem Ausland nicht mehr  
möglich macht, Kritik an unserer öffentlichen Finanzgebarung  
zu üben.

Wir haben den Reichshaushalt auf ein solches Minimum kompri-  
miert, daß er, wenn man die Lasten für die Kriegsbeschädigten ab-  
zieht, den Vergleich mit den niedrigsten Ausgaben der  
Vorkriegszeit außerordentlich gut ausfallen kann. Mögen Sie

zu diesem Programm stehen, wie Sie wollen, und auch Kritik an den  
Einzelheiten üben, ich bitte Sie nur um eines: Denken Sie daran,  
daß dieses Programm der Aufmarsch für die internationalen  
Verhandlungen ist.

und seien Sie sich bei aller Kritik Ihrer Verantwortung in  
dieser schweren Stunde Deutschlands bewußt!

### Ernennung des

### Preisüberwachungs-Kommissars

U. Berlin, 8. Dez. Der Reichspräsident empfing am Dienst-  
tag abend Oberbürgermeister Dr. Goerdeler-Leipzig und hat



Dr. Goerdeler.

ihn, im Interesse der Allgemeinheit und der schnellen Durchführung  
der Preislenkung, das in der neuen Notverordnung geschaffene Amt  
eines Reichskommissars für die Preisüberwachung zu  
übernehmen. Dr. Goerdeler hat sich dem Reichspräsidenten zur Ver-  
fügung gestellt.

Der der Deutschnationalen Volkspartei angehörende Ob-  
erbürgermeister Goerdeler-Leipzig, der am Dienstag die Berufung des

Reichspräsidenten auf den Posten des Reichskommissars für die Preisüberwachung angenommen hat, veröffentlicht auf Grund einer Unterredung, die er mit dem Führer der Deutschnationalen, Hugenberg, hatte, folgende Erklärung:

„Meine Ernennung zum Reichskommissar bringt mich in einen Gegensatz zu der politischen Haltung der Deutschnationalen Volkspartei und ihrer Oppositionsstellung gegen das Kabinett Brüning. Nach einer Unterredung, die ich mit Herrn Dr. Hugenberg hatte, ziehe ich aus dieser Tatsache, so sehr ich mich nach wie vor mit den politischen und weltanschaulichen Grundzügen der Deutschnationalen Volkspartei verbunden fühle, die Folgerung meines Austritts aus der Partei.“

Zu dieser Erklärung Goebblers teilt die Deutschnationalen Pressestelle mit:

Die Deutschnationalen Volkspartei bekämpft die Regierung Brüning und das in ihr und ihrer Abhängigkeit von Preußen verfertigte System der schwarz-roten Koalition, weil sie der Ueberzeugung ist, daß ohne eine Beilegung des Einflusses der Sozialdemokratie und ohne Rücktritt der heute führenden Persönlichkeiten eine Verbesserung der Verhältnisse in Deutschland nicht zu erzielen ist. Die Deutschnationalen Volkspartei bekämpft die politischen Metho-

den des politischen Systems und lehnt jede Mitarbeit in ihm ab. Der Austritt des Oberbürgermeisters Goebbler, der im übrigen bei dieser Gelegenheit gegenüber Dr. Hugenberg und der Partei seine volle Loyalität bewiesen hat, war nach der Uebernahme des Kommissariats eine Selbstverständlichkeit.

### Die Einkommensteuereinzugsätze für Aufsichtsräte.

Berlin, 8. Dez. Im Haushaltsauschuß des Reichstages fand am Dienstag der Einspruch des Reichsrats gegen die vom Reichstag beschlossenen Gezeugsätze über Zuschläge bei Aufsichtsratsmitgliedern zur Einkommensteuer zur Beratung. Der Reichsrat hatte sich seinerzeit belläulich auf den Standpunkt gestellt, daß es in der heutigen Zeit, in der alles darauf ankomme, die Bildung von Privatkapital zu fördern und das Vertrauen der Wirtschaft zu stärken, nicht vertretbar sei, die Einkommensteuer erneut anzupacken.

In der Abstimmung wurden mit den Stimmen der Sozialdemokraten, der Kommunisten, der Christlichsozialen und der Bayerischen Volkspartei die Einsprüche des Reichsrats zurückgewiesen.

mit eiserner Energie entgegenzutreten. Sie duldet keine andere Macht als die verfassungsmäßige.

Reichspräsident und Reichsregierung verfügen allein über die Machtmittel des Staates. Sie werden mit unerbittlicher Strenge, notfalls auch unter Verhängung des Ausnahmezustandes, gegen alle eingeleitet werden, die sich unterfangen würden, in den Stunden härtester Noterprobung, dem verfassungsmäßigen Staate in den Arm zu fallen.

Wenn der Parteiführer der Nationalsozialisten die legalen Wege und Ziele seiner politischen Absicht betont hat, so stehen im grellem Kontrast dazu die bestigen Anstrengungen sich weniger verantwortlich führender Führer, die zum sinnlosen Bruderkampf und augenpolitischen Torheiten aufordern. Wenn man erklärt, daß man auf legalen Wege zur Macht gekommen, die legalen Schranken niederbrechen werde, so ist das keine Legalität und sie ist es noch weniger, wenn zum Ueberflus im engeren Kreise Rachepläne verfaßt und vorgetragen werden.

Hiergegen wende ich mich als verantwortlicher Staatsmann auf das Schärfste. Erfüllung von dem Ernst der Verantwortung ist erfüllt von der leidenschaftlichen Sehnsucht, Fehler der Vergangenheit auszumergen, nicht zudeckend, sondern nach durchdachten Plänen, unter Volk durch die Krise, die die Welt erschütterte, zum Frieden in Freiheit durchzubringen, habe ich in den letzten Wärtagen 1930 den Auftrag des Herrn Reichspräsidenten entgegengenommen. Ich habe bis zum heutigen Tage nach dieser Richtschnur gehandelt.

Um dem inneren Frieden gegen Gewaltmaßnahmen und Terrorakte von jeder Seite zu sichern, ist eine Verhinderung der Bestimmung für den Waffenstillstand notwendig geworden. Die zunehmende Vergiftung des öffentlichen Lebens, die Verunglimpfung politischer Gegner und leichtfertig-erschreckende Maßnahmen zur Verhinderung der allgemeinen Beleidigungsparagrafen führen:

Das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände hat sich als immer größerer Mißstand erwiesen. Reichspräsident und Reichsregierung haben sich daher entschlossen, das Tragen von Uniformen und Abzeichen politischer Verbände allgemein und ausnahmslos für das ganze Reichsgebiet zu verbieten.

Der Herr Reichspräsident hat sich ferner entschlossen, zur Sicherung des Weihnachtsfriedens von morgen ab bis zum 3. Januar nächsten Jahres alle öffentlichen politischen Versammlungen und Aufzüge zu verbieten.

### England rechnet mit langer Dauer der Basler Tagung.

L.A. London, 8. Dez. Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ gibt die Ansicht englischer Kreise über die Dauer der jetzigen internationalen Verhandlungen dahin wieder, daß man mit einer Verlängerung des Sonderauschusses der W. I. Z. nicht vor Ende Dezember rechnen könne. Die Regierungskonferenz könne also wohl frühestens am 15. Januar zusammenzutreten. Unter diesen Umständen erscheine es fast unmöglich, daß die W. I. Z. in einer Konferenz am 2. Februar eröffnet werden könne. Zunächst müßte die Reparations- und Finanzfrage geregelt werden.

## Kanzler-Appell an das Ausland.

Reichskanzler Brüning sprach am Dienstag im Rundfunk über die neue Notverordnung. „Die zu treffenden Maßnahmen“, so führte er u. a. aus, „sind bedingt durch die Lage der Weltwirtschaft und der Abwärtsstrie der Welt. Sie sind bedingt durch die unerträglichen Leiden, die dem deutschen Volk im vergangenen Jahrzehnt auferlegt wurden. Aber sie gehen ebenso auch zurück auf Fehler, die wir in den vergangenen Jahren gemacht haben. Weder über das Maß der die ganze Welt bedrückenden Schwierigkeiten noch über die wesentlichen Ursachen des gefährlichen Zustandes der Gegenwart sind sich die Menschen im Unklaren. Sie kennen auch die besondere Rolle, die Deutschlands Lage hierbei spielt. Trotzdem muß ich die ernste Sorge äußern, daß die Last der Regierung nicht Schritt hält mit der schließlichen Einsicht, mit der unabwendbaren Notwendigkeit, aus den Gefahren rasch die Folgerungen zu ziehen.“

Sollen diese Gefahren gebannt werden, dann müssen die vielfachen Hemmnisse überwunden werden, die sich aus überkommenen und hart gewordenen politischen Auffassungen ergeben. Durch Festhalten an formalen Rechtsauffassungen kann die Lage der Welt nicht gemildert werden. Großzügige Lösungen müssen gefunden werden, deren Wirksamkeit nicht mehr durch überholte Konstruktionen und Gedankengänge der Vergangenheit belastet ist.

Mit den auf deutschen Antrag eingeleiteten Verhandlungen in Basel haben gestern die internationalen Verhandlungen begonnen. Ich will im Augenblick deshalb darauf verzichten, auf die Einzelheiten der Reparationsfrage einzugehen, aber ich richte noch einmal den dringenden Appell an alle beteiligten Regierungen, dafür zu sorgen, daß die oft und von allen Seiten verkündeten Grundzüge verständnisvoll und solidarischen Zusammenwirkens sich jetzt endlich in lechter Stunde in die Tat umsetzen.

Die nächsten Wochen werden von entscheidender Bedeutung sein. Deutschland ist zum Zentrum des wirtschaftlichen Sturmes, der durch die Welt geht, geworden. Eines steht fest: Von der Gesundung Deutschlands, von den Maßnahmen, die die deutsche Regierung hierfür ergreift, und von der verständnisvollen Mitarbeit der übrigen Völker hängt es ab, ob diese Krise abnegleichen beschworen und die Welt noch rechtzeitig vor der Zerrüttung ihres Wohlstandes gerettet werden kann. Wenn jedes Land die Tendenz hat, sich abzugrenzen, währungspolitisch und zollpolitisch für sich zu sorgen, so wächst unweigerlich das Gesamtmaß der Wirtschaftszerrüttung aller Länder. Alles dies weist auf die internationale Verständigung hin. Aber bis zu einer solidarischen Lösung der Krise der Welt muß jede verantwortliche Regierung den Weg gehen, der sich aus den Lebensbedingungen des eigenen Volkes und der eigenen Wirtschaft ergibt.

Für Deutschland, das eine schwere Inflation erlebt hat, steht im Vordergrund die Sicherung der Währung.

Was es möglich, bis zur Auswirkung der englischen Forderung wohlüberlegt miteinander in Zusammenhang stehende Maßnahmen schrittweise zu treffen, so ist der Augenblick gekommen, entscheidende Maßnahmen auf zusammenhängenden Gebieten der Wirtschaft und Finanzen gleichzeitig zu treffen. Unmöglich ist es, die eigene Wirtschaft, Lohnhöhe und Preishöhe auf die Währungsschwankungen anderer Länder dauernd einzustellen. Das hieße, das eigene Schicksal der Ungewissheit fremder Entschlüsse auszuliefern. Art, Umfang und Tragweite des vorliegenden Geschehens müßten so viel früher sein als früher. Deswegen mußte Preisentlastung, Zinsentlastung, Lohn- und Gehaltsentlastung sowie Senkung der Tarife auf der ganzen Linie gleichzeitig erfolgen. Nur so kann es gelingen, zu verhindern, daß die reale Kaufkraft sinkt, die Produktion weiter zusammenschrumpft und die Arbeitslosigkeit ins Ungewöhnliche steigt.

Der Reichskanzler ging dann weiter auf die Einzelheiten der Notverordnung ein. So soll überall, was auf der einen Seite allen Schichten der Bevölkerung genommen werden muß, auf der anderen Seite durch Steigerung der Kaufkraft ihr wiedergegeben werden. Alles soll zusammenwirken, um die Verdrumpfung am deutschen Geld-

markt und in der deutschen Gütermirtschaft zu lösen, soweit dies durch staatliche Machtmittel überhaupt geschehen kann.

Schmerzhaft sind die Opfer, die von Beamten, Arbeitern und Angehörigen, ja darüber hinaus in erschreckendem Umfange auch von den durch die Sozialversicherung Betreten nun abermals verlangt werden. Wir haben alles versucht und alles daran gesetzt, dies zu verhindern. Aber die Wirtschaftswirtschaft zwingt wegen der hohen geschäftlichen Zusammenhänge dringend, auch hier nicht zurückzuschreiten. Schmerzhaft ist für viele die Zinsentlastung der festverzinslichen Wertpapiere. Wenn sie manden Sparrer betreffen, so möge er bedenken, daß die Ermäßigung des Zinsendienstes ihm selbst in seiner Lebenshaltung wieder zugutekommt und daß die erschreckende Höhe des deutschen Zinsdienstes eine Gefahr für die Sicherheit der Kapitalien selbst bedeutet. Dieser Gefahr wird durch die Zinsentlastung begegnet. Durch Erhöhung der Umsatzsteuer bei Schonung des Brotes, des Mehles und Getreides als Nahrungsmitteln und Senkung der Ausgaben.

Sind die Voraussetzungen, die an die Staatsleihgewichte gestellt sind, gesichert, die für jeden Einzelnen das Wichtigste sind, daß nämlich die Zahlungen des Staates in den kommenden Monaten pünktlich geleistet werden können.

Wenn die deutsche Politik der Verschärfung nachgeben würde, die Leiden der Gegenwart durch Steigerung unklarer Gefühle und durch Herausstellung unklarer Ziele zu mildern, so würde es mit Deutschland zu Ende gehen. Für jeden, der an der Verwirklichung solcher Ziele arbeitet, muß ein schredliches Erwachen kommen. Eine Regierung, die sich ihrer Verantwortung für Volk und Vaterland bewußt ist, darf Strömungen dieser Art, soweit sie auch im Volk um sich greifen, nicht nachgeben. Sie darf und wird nicht davor zurückschrecken, einem drohenden Verfall der Volksträfte

## Die Jahresbotschaft Hoovers.

### Die Gründe für das Feiertag / Vorschläge für die Gesundung der amerikanischen Wirtschaft

Washington, 8. Dez. Am Dienstagmittag wurde in der gemeinsamen Sitzung der beiden Häuser des Kongresses die Jahresbotschaft des Präsidenten Hoover verlesen, die den Rechenhäftsbereich des Präsidenten, die Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Wirtschaftslage bestimmenden Faktoren und das Notstandsprogramm zur Behebung der Depression umfaßt. Die Adresse ist nicht nur in wenigen Sätzen behandelt worden, da sie Gegenstand der am Donnerstag erwarteten Sonderbotschaft sein soll, in der Hoover die Ratifizierung der Moratoriumsvorlage verlangen wird.

Auf Deutsch und die deutsche Frage übergehend, erklärte Hoover:

„Die Wirtschaftskrise in Deutschland und in Mitteleuropa nahm im letzten Juni Ausmaße an, die den Rechenhäftsbereich des Präsidenten, die Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Wirtschaftslage bestimmenden Faktoren und das Notstandsprogramm zur Behebung der Depression umfaßt. Die Adresse ist nicht nur in wenigen Sätzen behandelt worden, da sie Gegenstand der am Donnerstag erwarteten Sonderbotschaft sein soll, in der Hoover die Ratifizierung der Moratoriumsvorlage verlangen wird.“

Ausführlich behandelte Hoover sodann die innere Wirtschaftsdpression, deren Gründe er in Spekulation, Inflation auf den Wertpapier- und Grundstümmärkten, in schlechter Ge-

schäftsführung zahlreicher Finanzinstitute und vor allem in ständiger Erschütterungen und Störungen außerhalb der Grenzen der Vereinigten Staaten erblickt.

Zur Frage der Arbeitslosigkeit erklärte Hoover, daß die Regierung bestrebt gewesen sei, durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten, durch Einwirkung von Arbeitsnachweiser und durch die Abdrosselung der Einwanderung dem heimischen Arbeitsmarkt eine Erleichterung zu verschaffen.

Hoover betonte aber, daß er sich jeder unmittelbaren oder mittelbaren Emergencymaßnahmen widersetze, denn der Zusammenbruch und die vermehrte Arbeitslosigkeit in Europa ist teilweise durch solche Maßnahmen verschuldet worden. Eine allgemeine Abänderung des Zolltarifs durch den Kongress lehnt Hoover ab.

Praktischen Maßnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft schlägt Hoover vor:

1. Eine drastische Verminderung der Regierungsausgaben und eine vorübergehende, höchstens auf zwei Jahre berechnete Steuererhöhung.

2. Weitere Kapitalbeteiligung der Regierung an den Bundeslandbanken zur Beschaffung billiger Kredite für die Landwirtschaft.

3. Gründung von Bankkreditbanken zur Förderung der Heimbauwirtschaft.

4. Schaffung einer Wiederaufbau-Gesellschaft, die den notleidenden, aber innerlich gesunden Industrien, Eisenbahnen, Finanzinstituten und landwirtschaftlichen Kreditinstituten gegen langjährige Sicherheiten vorübergehend Vorschüsse leisten soll. Hoover gibt jedoch nicht an, auf eine wie hohe Kapitalgrundlage die Wiederaufbau-Gesellschaft gestellt werden soll. Eingeweihte Kreise nennen aber eine Milliarde Dollar.

5. Erweiterung der bei den Federal Reservebanken diskontierten Papiere.

6. Eine Bankgesetzreform, die den Banken die Einrückung von Zweigstellen und den Beitritt zum Federal Reserve System erleichtern soll.

7. Eine Hilfsaktion für die Eisenbahnen, deren die Möglichkeit gegeben werden soll, durch geeignete Zusammenstellungen ihre Betriebskosten herabzusetzen.

8. Eine Lockerung der Antitrustgesetzgebung, insbesondere zugunsten der Kohlen-, Petroleum- und Stahlindustrien. Weiter empfiehlt Hoover eine gewisse Vereinfachung der Bundesverwaltung und eine gezielte Verankerung der Einwanderungsbeschränkung.

Hoover schloß seine Jahresbotschaft mit den unverfälschten Worten, daß das persönliche Initiative geäußerte Wirtschaftssystem auch den Sturm der gegenwärtigen Krise überleben werde.

### Tages-Anzeiger.

(Näheres siehe im Interentell.)

Mittwoch, den 9. Dezember.

Landes-Theater: Nachmittags: geschlossene Sonderkonzert „Gänse und Grelot“, „Die Büchse der Sünde“, 15-17.45 Uhr; abends: „Der Traum“, 18.30-22 Uhr.  
Goldener Saal: Reichweiser „Der müde Anton“, 20 Uhr.  
Goldener Saal: Koncerthaus: Der Kampf ums Vaterland, 20.30 Uhr.  
Fischerhof-Theater: Winterabend im Hotel „Germania“, 20 Uhr.  
Deutscher Hellme-Verband: Vortrag „Der Verdorben und der Prolet“, im „Krocodil“, 20.15 Uhr.  
Kaiser-Bühne: Sonderkonzert, 20.30 Uhr.  
Kaiser-Bühne: Roland: Gabe von Vantentstein.  
Kaiser Hof: Tanz.  
Neu-Licht-Theater: Tanz.  
Union-Theater: Katerpe hat Ruh.  
Schauburg: Der Wächter von Notre Dame; Ich lebe für dich.  
Schauburg: Sein Schicksalsgarn.  
Palast-Theater: Der untreue Ezechiel.  
Moria-Palast: Die Frau von der man spricht.  
Kammer-Theater: Zwei Menschen.  
Allanil-Theater: Die verschundene Frau; Polizeipolizei 77.

## Zusammentritt des neuen Heffen-Parlaments.

### Der Nationalsozialist Dr. Werner als Landtagspräsident gewählt.

\* Darmstadt, 8. Dez. Der neugewählte Heffische Landtag ist am Dienstag zu seiner konstituierenden Sitzung zusammengetreten. Alterspräsident Winter eröffnete die Sitzung. Von den 70 gewählten Abgeordneten sind 69 erschienen. Der Abgeordnete Schäfer-Offenbach, bekannt durch die Veröffentlichung des Bogheimer Dokuments, hatte sich mit Erkrankung entschuldigt. Auffallend war, daß er kein Schreiben diesmal ohne seinen Doktorhut unterzeichnet hat. Das Haus schritt dann zur Wahl des Landtagspräsidenten. Die Wahl ergab vierzig Stimmen für den Abgeordneten Dr. Werner (Nat.Soz.), 16 Stimmen für den Abgeordneten Delp (Soz.), der im alten Landtag den Präsidenten innehatte, und 12 Stimmen für den Abgeordneten Keil (Komm.). Ein Abgeordneter enthielt sich der Stimme, Abgeordneter Dr. Werner gilt hiermit als gewählt. Als erster Vizepräsident wurde der Abgeordnete Wedler (Zentrum) gewählt, zum zweiten Vizepräsidenten der Abgeordnete Delp (Soz.).

Dann nahm Staatspräsident Dr. Adeling das Wort und gab im Namen der Regierung folgende Erklärung ab:

„Auf Grund des Artikels 37 der Verfassung des Volksstaates Heffen stelle ich die Komittees der Mitglieder des gesamtministeriums dem neugewählten Landtag zur Verfügung und erkläre, daß das Gesamtministerium entsprechend Artikel 38 Absatz 2 der Verfassung die Staatsgeschäfte so lange fortführen wird, bis der Landtag den Staatspräsidenten neugewählt und die von diesem berufenen Mitglieder des Gesamtministeriums bestätigt hat.“

In der Nachmittagsitzung wurde die Besetzung der Ausschüsse, des Revisionsrates und der zahlreichen Kommissionen, in denen Land-

tagsmitglieder vertreten sind, nach Vereinbarung unter den Fraktionen vom Plenum gebilligt. Die Frage der Rechtmäßigkeit des Mandates des aus der Bogheimer Affäre bekannten Abg. Schäfer-Offenbach wurde dem Haushaltsauschuß zur Prüfung überlassen.

Ein Tumult entstand, als der Abg. Steffen eine Erklärung des Inhaltes verlas, daß es für Republikaner eine Zumutung sei, mit den nationalsozialistischen Abgeordneten, die durch die Bogheimer Affäre dem Volk und dem Volksstaat gegenüber auf schwerer belastet seien, im Hause zusammenzusetzen.

Anschließend entspann sich eine zweistündige Auseinandersetzung zwischen Kommunisten, kommunistischer Opposition und Nationalsozialisten über die von diesen drei Parteien eingebrachten spezialisierten Anträge auf Gewährung von Winterbeihilfen an Erwerbslose usw. Die Kommunisten überreichten dazu ein etwa 80 Einzelsforderungen enthaltendes Programm. Als ein Zentrumsantrag verlangte, daß die Anträge zunächst im Ausschuß beraten werden sollten, um eine sachliche Behandlung im Interesse der Wohlfahrtszwecklosen überhaupt zu ermöglichen, schlossen sich die Nationalsozialisten diesem Antrag an, da die letzte halbe Stunde beweis habe, daß die Kommunisten diese Anträge nur zur Agitation an die Erwerblosen auszunutzen wollten. Von den Kommunisten wurde diese veränderte Stellungnahme der Nationalsozialisten mit lebhaften Zwischen- und Putschrufen beantwortet, in die auch die Tribüne einstimme.

Als bei der Abstimmung die Anträge dem Ausschuß überwiesen wurden, entstand ein ungehobener Tumult.

Präsident Werner regte an, daß die Ausschüsse sich sofort konstituieren. Derselbe Vorschlag stimmte das Haus zu, worauf der Präsident die Sitzung auf Freitag vertagte.

Wie verlautet, haben die Nationalsozialisten am heutigen Nachmittag die angekündigten 12 Forderungen für eine Regierungskoordination überreicht. Das Zentrum soll sich 48 Stunden Bedenkzeit erbeten haben.

Weitere Zunahme der Arbeitslosen.

Die Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland. Die Belastung des südwestdeutschen Arbeitsmarktes ist in der zweiten Hälfte des November erwartungsgemäß nicht mehr so stark gestiegen, wie in der ersten Monatshälfte im Vorjahr.

Durlach ohne Bürgermeister.

Verärgerte Auseinandersetzungen. — Ein Beispiel kommunal-politischer Zwitterart. Durlach, 8. Dez. Wie die Badische Presse in ihrem Bericht über den Ausgang der verunglückten Bürgermeisterwahl voraus sagte, haben sich die Geister über das, was war und was nun kommen soll, immer noch nicht beruhigt.

Zum Tode des Erzbischofs.

Freiburg i. Br., 8. Dez. Das Erzbischöfliche Dom- und Metropolitankapitel hat angeordnet, daß in jeder Pfarrkirche für die Seelenruhe des verstorbenen Oberhirten in der kommenden Woche ein feierliches Seelenamt zu halten ist.

Die Aufbahrung.

Die Leiche des Erzbischofs ist in der Hamstapelle des Erzbischöflichen Palais zu Füßen des Altars inmitten von Lorbeerbäumen und zahlreichen brennenden Kerzen aufgebahrt.

Die Beileidskundgebungen.

Schon im Laufe des Dienstag waren beim Weihbischof und beim Domkapitel eine sehr große Zahl von Beileidskundgebungen eingegangen. An erster Stelle ist zu nennen das Beileidstelegramm des Apostolischen Stuhls, des päpstlichen Nuntius in Berlin, Kardinal Orsenigo, des Reichspräsidenten v. Hindenburg, ferner des Kardinals Bertram-Breslau und Schulte-König, des Bischofs von Hildesheim, des badischen Staatspräsidenten Dr. Schmitt, des badischen Kultusministers Dr. Baumgartner, des Markgrafen Berthold von Baden, der Oberbürgermeister der Städte Mannheim und Heidelberg, ferner des Direktors der Technischen Hochschule Karlsruhe, des Fürsten von Fürstberg, des Obersten der Israeliten u. a. m.

Das Beileidstelegramm des Heiligen Stuhls an Weihbischof Dr. Burger hat in deutscher Uebersetzung folgenden Wortlaut: „Geliebteste! An dem unersehens erfolgten Tode des Dahingekleideten nimmt der Heilige Vater herzlichen Anteil, bittet zu Gott und spendet Dir gerne mit dem Klerus und allen Gläubigen von Herzen Seinen Segen. Kardinal Pacelli.“

Uraufführung im Freiburger Sinfoniekonzert.

Von jeher war Musik dazu berufen, die Fühlungnahme der Nationen über ihre politischen Grenzen hinweg zu vermitteln. Vincenzo Tommasini, dessen Fantasie für großes Orchester „Napule“ (Napoli) am Montag im Rahmen der Freiburger Sinfoniekonzerte uraufgeführt wurde, vereinigt das sonnige Temperament des aus Rom gebürtigen Italieners mit der Gründlichkeit deutscher Bildung.

Die Baden-Badener Banditen

hinter Schloß und Kiesel. Der Raubüberfall restlos geklärt.

Baden-Baden, 8. Dez. Der schwere Raubüberfall in der Kapuzinerstraße ist nunmehr restlos aufgeklärt. Sämtliche Beteiligten befinden sich in Haft und haben bereits ein Geständnis abgelegt. Es handelt sich um den ledigen 29jährigen Tagelöhner Joseph Banderl, der zweifelslos der Räubersführer der Bande ist, ferner um den 37 Jahre alten verheirateten Schlosser Friedrich Martin, den verheirateten 33jährigen Hilfsarbeiter Joseph Croati und dessen Ehefrau. Sämtliche Täter sind in Singen a. S. inhaft.

Einbruch im Pfarrhaus

Achern, 8. Dez. In der Nacht zum Sonntag wurde wieder im katholischen Pfarrhause eingebrochen. Die Täter sprengten das eiserne Tor, rissen weiter die Latentür zum Süherthall auf und brachten zwölf schöne Föhner um, die sie mitnahmen. Es werden Sicherungsmaßnahmen getroffen werden, um eine Wiederholung der Einbrüche zu verhindern.

— und in einer Villa.

Neudargmund, 8. Dez. In der Villa eines Mannheimer Bankdirektors wurde eingebrochen. Die Diebe, die sich mit Nachschlüssel Zugang verschafften, entwendeten zahlreiches Silberzeug, Wäsche, Anzüge und ein Fahrrad. Außerdem stahlen sie dem Weinkeller einen Besuch ab. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Immer wieder Brände.

Jell a. Harmersbach, 8. Dez. Dienstag früh um 4 Uhr brach in dem zweistöckigen Wohnhaus des Projektanten August Lehmann Feuer aus. Das große Fachwerkgelände, eines der ältesten Häuser Jells, wurde bis auf die Grundmauern vernichtet. Das Haus war erst im letzten Sommer erneuert worden und machte mit seinen allen Balkonkonstruktionen einen schönen Eindruck.

Todessturz aus dem 3. Stockwerk.

Mannheim, 8. Dez. In der vergangenen Nacht hat sich ein in der Schwertstraße wohnhafter 77 Jahre alter verwitweter Rentner aus dem Fenster des dritten Stockwerks seiner Wohnung auf die Straße gestürzt. Der Mann wurde schwer verletzt in das Städtische Krankenhaus eingeliefert, wo er alsbald starb. Schmerzlich dürfte die Ursache der Tat sein.

Medesheim, 5. Dez. (Neue Besoldungsordnung.) In der letzten Bürgerausschussitzung wurde die neue Besoldungsordnung für die Gemeindebeamten einstimmig angenommen.

Revision - Treuhand! Kaufmann - Bankfachmann. Kapitalien 30 000 Mark. 1. Hypothek. Gut erhaltene Schreibmaschine. Möbel. Klavier.

Der Blitz am Mittwoch. Gezeichnetes Kissen -60. Kinder-Strümpfe 1.-. Chenille-Mütze 1.30. BURCHARD.

Gebr. Was. u. Wasserleit. Stroh. Emailherd. Gebrauchte Stoppuhr. Reithose. Kindereisenbahn. Märkchenbuckel.

Gothaer Versicherungs-Bank. Versicherungen aller Art. Gothaer Feuer-Versicherungsbank a.G. Gothaer Lebens-Versicherungsbank a.G. Gothaer Kraftfahrzeug u. Transport-Vers.-Bank A.G.





